

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

**Ettlinger Zeitung. 1949-1973
1952**

244 (18.10.1952)

ETTlinger ZEITUNG

Ercheinungsweise: Tägl. mittags außer sonntags. — Durch die Post 2.50 DM, zusätzlich 54 Pf. Zustellgeld. — Einzelnummer 15 Pf., samstags 20 Pf. — Frei Haus 2.80, im Verlag abgeholt 2.50 DM

Badischer Landsmann
gegründet 1896



Süddeutsche Heimatzeitung
für den Albgau

Anzeigenpreis: Die 6-gespaltene Millimeterzeile 20 Pf. — (Preisliste Nr. 4.) (Tel. aufgeb. Inserate ohne Gewähr.) Abbestellungen können nur bis 25. auf den Monatsersten angenommen werden

4./58. Jahrgang

Samstag, den 18. Oktober 1952

9. Nr. 244

Heuss zur Kriegsgefangenen-Gedenkwoche

Am kommenden Mittwoch Verkehrsstille

Bonn (ZSH). Zur bevorstehenden Kriegsgefangenen-Gedenkwoche im Bundesgebiet hat Bundespräsident Heuss in einer von der „Fox“ lösenden Wochenschau aufgenommene Ansprache an das deutsche Volk appelliert, niemals zu sagen, das Los unserer Kriegsgefangenen betreffe uns nicht. Es seien alle betroffen, denn es gehe um die Sicherung des menschlichen Gewissens für das Schicksal der Brüder und Schwestern, um die Stütze der Mütter und Gattinnen, die in der Not das Hoffen und Warten durch mehr als sieben Jahre bedrückt und zermüht sind.

Nach den Worten des Bundespräsidenten hat die Kriegsgefangenen-Gedenkwoche die Aufgabe, das Schicksal deutscher Menschen in der Fremde in den Rechtscharakter des einfach Menschlichen einzubetten und dem Machtcharakter alles Politische zu entziehen. Es sei ein höchst zweifelhaftes Verfahren, einen Kriegsgefangenen, indem man ihn in Anklage versetze, der völkerrechtlichen Garantien zu berauben. Wer kriminell im technisch begrenzten Sinn sei, gehöre schon lange vor ein deutsches Gericht. Der Bundespräsident wird auch zur offiziellen Eröffnung der Gedenkwoche am kommenden Sonntag von 12.45 bis 13.00 Uhr über alle deutschen Sender sprechen.

Neben den zahlreichen Veranstaltungen des Verbandes der Heimkehrer findet am kommenden Mittwoch eine zweimündige Verkehrsstille von 12.00 bis 12.02 und am darauffolgenden Samstag zur gleichen Zeit eine Arbeitsruhe im gesamten Bundesgebiet statt. Unter dem Dauerruf der Sirenen sollen beide Gedenkveranstaltungen Ausdruck der Treue und des Protestes gegen die Zurückhaltung der deutschen Gefangenen sein. Der Heimkehrerverband hat alle Kundgebungen unter das Motto gestellt: „Wenn wir schweigen, müßten die Steine reden“.

Deutschenverschleppungen in Rumänien

München (UP). In den letzten Tagen häufen sich bei der süddeutschen Landmannschaft in München die Meldungen über neue Verschleppungen von Deutschen in Rumänien. Nach den Verschleppungen von Banater Schwaben in die Banatengebiet, zu denen im Vorjahr der bayerische Landtag und der Bundesrat Stellung nahmen, ist nunmehr hauptsächlich die siebenbürgische Bevölkerung das Opfer von Zwangverschleppungen, Deportationen und Massenverhaftungen. In Rumänien lebten nach Kriegsende noch rund 360 000 Deutsche, von denen nach bisherigen Mitteilungen schon Zehntausende verschleppt wurden. Augenzeugen.

Fememord der „Partisanen“?

Frankfurt (UP). Der Darmstädter Oberstaatsanwalt Dr. Hofmann teilte mit, daß er auf Grund von Presseveröffentlichungen über einen angeblichen Fememord in Waldmühlbach an einem ehemaligen deutschen Wehrmachtsoffizier die notwendigen Ermittlungen eingeleitet habe. Eine Wochenzeitschrift habe behauptet, daß dieser Offizier als „West-Ost-Brückenbauer“ von der durch den hessischen Ministerpräsidenten Zinn aufgedeckten Partisanenorganisation „liquidiert“ worden sei.

Der bayerische Innenminister Dr. Wilhelm Höpner erklärte, er sei auf der Spur einer in Bayern weitverbreiteten rechtsradikalen Untergrundorganisation, die aber mit dem BND nichts zu tun habe. Bei Nachforschungen nach Partisanen-Organisationen in Hamburg wurden sieben Personen festgenommen und auf Grund gerichtlicher Haftbefehle in Untersuchungshaft eingeliefert.

Daladier attackiert Deutschland

Radikalsocialisten lehnen Europa-Armee ab Bordenax (UP). Der Präsident der französischen Nationalversammlung, Edouard Bordenax, und der frühere Ministerpräsident Daladier, lehnten vor dem Kongress der Radikalsocialistischen Partei Frankreichs den Vertrag über die Europa-Armee ab, weil er zu einer Vormachtstellung Deutschlands gegenüber Frankreich führen würde.

„Es wurde viel davon gesprochen“, sagte Daladier, „daß Deutschland für Europa lebenswichtig ist, aber wenn die deutschen Politiker von Europa sprechen, dann meinen sie Deutschland, und wenn sie Deutschland sagen, dann denken sie an Groß-Deutschland. Wir glauben, daß Europa für uns eine Beschränkung unserer nationalen Souveränität bedeutet. Für Deutschland bedeutet es ein Abenteuer. Bundeskanzler Adenauer hat in Hannover selbst gesagt, was er sich unter einer europäischen Gemeinschaft vorstellt: die Wiedereroberung der östlichen Provinzen ist die Rechtfertigung für seine Politik der europäischen Gemeinschaft. Einer seiner Minister, Jakob Kaiser, hat als die zweite Phase die Bildung eines deutschen Blocks vorgeschlagen.“

Daladier, der vor kurzem in Berlin weilte, sagte sodann, es sei keine Unehre, einen letzten Versuch zur Beilegung des Ost-West-Konfliktes zu machen. „Ich glaube, daß alle Deutschen in Berlin eine Viermächte-Konferenz wünschen. Sie haben den Eindruck, daß die Sowjetunion eine sichere Verteidigungslinie an der Oder-Neiße-Grenze wünscht. Vielleicht könnte die Anerkennung dieser Grenze die Möglichkeit zu Verhandlungen bieten.“

Walter Freitag neuer DGB-Vorsitzender

Fette knapp unterlegen — Föcher und Reuter wurden Stellvertreter — Vom Hoff und Bührig nicht mehr im Vorstand

Berlin (UP). In einer dramatischen Kampfabstimmung wählten die Delegierten des Bundeskongresses des Deutschen Gewerkschaftsbundes in Berlin am Freitag den Vorsitzenden der Industriegewerkschaft Metall, Walter Freitag, zum neuen Vorsitzenden des DGB.

Der 63-jährige Metallarbeiterführer tritt damit für die nächsten zwei Jahre an die Stelle von Christian Fette, der seit dem Tode von Hans Böcker im Jahre 1951 an der Spitze der größten deutschen Massenorganisation stand. In der Entscheidung zwischen Freitag und Fette stimmten von den 356 Delegierten 184 für Freitag und 154 für Fette. 18 Stimmen waren ungültig.

Einmütig wurden Matthias Föcher und Georg Reuter zu stellvertretenden Vorsitzenden gewählt. In den geschäftsführenden Bundesvorstand wurden gewählt: Albin Karl, Hans Böhm, Willi Richter, Thea Harms, Ludwig Rosenberg und Willi Günhold. Dazu kommen 16 Vertreter der einzelnen Industriegewerkschaften. Die Delegierten hatten zuvor in Abänderung der Satzung beschlossen, die Zahl der Mitglieder des geschäftsführenden Vorstandes von elf auf neun herabzusetzen.

Der Vorschlag des Vorstandes, Christian Fette und Walter Freitag zu gleichberechtigten Vorsitzenden des DGB zu wählen, wurde abgelehnt. Gegen den Antrag sprachen sich 111 Delegierte aus, dafür stimmten 218 bei neun Stimmenthaltungen. Mit diesem Stimmenverhältnis kam die notwendige Zweidrittelmehrheit für eine Statutenänderung nicht zustande, die für die Einführung des „Zwei-Mann-Vorsitzenden“ erforderlich gewesen wäre.

Die Mitglieder des bisherigen geschäftsführenden DGB-Bundesvorstandes Hans vom Hoff und Erich Bührig scheideten aus ihren Stellungen aus. Vom Hoff wird deutscher Vertreter bei der Hohen Behörde der Monnet-Union in Luxemburg und Bührig übernimmt die Abteilung Sozial-Rechtspflege im Wirtschafts-Wissenschaftlichen Institut des DGB.

Freitag betonte nach seiner Wahl: „Die Aufgaben, die den Gewerkschaften gestellt sind, sind nicht leicht und dienen nicht dazu, Freude zu geben. Arbeit und Dienst der gewerkschaftlichen Organisationen ist Verpflichtung, und dieser Verpflichtung wollen wir gemeinsam versuchen gerecht zu werden“. Fette verabschiedete sich mit der Versicherung: „Wie in den vergangenen Jahren wird meine Arbeit auch in Zukunft der gemeinsamen gewerkschaftlichen Zielsetzung dienen“. In seinem Schlusswort auf dem DGB-Bundeskongress, der mit der Vorstandswahl seinen Höhepunkt und Abschluß fand, richtete Freitag einen Appell an alle „sich in brüderlichem Zusammenschluß für eine bessere Zukunft der arbeitenden Menschen einzusetzen“. Mit dem Lied „Brüder zur Sonne, zur Freiheit“ ging der Kongress des DGB nach fünf Tagen gemeinsamer Beratung über die künftige Gewerkschaftspolitik zu Ende.

Eines der wichtigsten Ereignisse

Die Wahl Walter Freitags ist in Bonn stark beachtet und von Bundesratsabgeordneten aller Richtungen als eines der wichtigsten innenpolitischen Ereignisse des Jahres bezeichnet worden. Bundespräsident Heuss hat Walter Freitag in einem persönlichen Schreiben zu seiner Wahl zum neuen Vorsitzenden des Deutschen Gewerkschaftsbundes beglückwünscht.

Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei beglückwünschte Freitag telegraphisch zu seiner Wahl und verband damit die Hoffnung, daß ihm in seinem „schweren Amt“ voller Erfolg beschieden sein möge. Der DGB möge unter der Führung Freitags dazu beitragen, die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse in Deutschland so zu gestalten, „wie es im Interesse der schaffenden Menschen unbedingt erforderlich ist“. Der zweite SPD-Vorsitzende Wilhelm Meißner begrüßte seinen Parteifreund und neuen Vorsitzenden des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Walter Freitag, als einen Mann, der fest zu dem Gedanken der Einheitsgewerkschaft stehe. Mit seiner Wahl werde eine kurze Periode gewisser Unsicherheiten und Schwierigkeiten im DGB beendet sein. Dies sei um so mehr zu begrüßen, weil die Gewerkschaften bei der „dringend notwendigen“ Neugestaltung des wirtschaftlichen und sozialen Lebens eine entscheidende Aufgabe hätten.

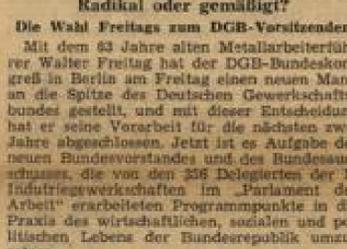
Der Deutschland-Union-Dienst der CDU/CSU schreibt, man müsse abwarten, ob Freitag mit seinem hohen Amt jene Mäßigung gewinnen werde, die seine bisherige vielfach radikale Haltung widerlege. Der Vorsitzende des DGB müsse ein Mann des Ausgleichs sein, wenn nicht unabsehbare Störungen sowohl im Verhältnis der Sozialpartner untereinander wie auch im wirtschafts- und sozialpolitischen Aufbau der Bundesrepublik eintreten sollen. Der DUD fügte hinzu: „Hoffen wir, daß Freitag seiner Aufgabe im wohlverstandenen Sinne gerecht wird.“ Der Bundeskanzler selbst lebte eine Stellungnahme ab.

FDP-Abgeordnete vertreten die Ansicht,

daß eine Wiederwahl Christian Fettes der Auflockerung der bestehenden Spannungen zwischen Parlament und Gewerkschaften förderlicher gewesen wäre. Führende Gewerkschaftsfunktionäre des christlichen Flügels erwarten von der Wahl Freitags einen „Ruck nach links“. Sie weisen darauf hin, daß Walter Freitag dem Leiter des Wirtschafts-Wissenschaftlichen Instituts der Gewerkschaften, Aparitz, nahesteht, der als Befürworter einer gelenkten Wirtschaft gilt. Trotzdem glauben diese Kreise nicht an eine Spaltung innerhalb des DGB und eine Loslösung des christlichen Flügels.



Christian Fette



Walter Freitag

Radikal oder gemäßigt?

Die Wahl Freitags zum DGB-Vorsitzenden

Mit dem 63 Jahre alten Metallarbeiterführer Walter Freitag hat der DGB-Bundeskongress in Berlin am Freitag einen neuen Mann an die Spitze des Deutschen Gewerkschaftsbundes gestellt, und mit dieser Entscheidung hat er seine Vorbereitungen für die nächsten zwei Jahre abgeschlossen. Jetzt ist es Aufgabe des neuen Bundesvorstandes und des Bundesausschusses, die von den 356 Delegierten der 11 Industriegewerkschaften im „Parlament der Arbeit“ erarbeiteten Programmpunkte in die Praxis des wirtschaftlichen, sozialen und politischen Lebens der Bundesrepublik umzusetzen.

Dabei ist es zweifellos nicht unerheblich, ob Freitag einen „radikaleren Kurs“ einschlagen, oder ob sich die Gewerkschaftsführung von einer Partnerschaft zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern den größeren gewerkschaftlichen Erfolg versprechen wird. Aber noch wichtiger und entscheidender ist die Frage, ob es bei der Organisationsform des DGB mit der Selbständigkeit seiner 16 Industriegewerkschaften möglich ist, überhaupt eine Gewerkschaftspolitik zu betreiben. Diese Frage hat der Kongress — wie zahlreiche Teilnehmer nicht verhehlen — „angesichts der stark aufgewühlten Atmosphäre im gewerkschaftlichen Lager umgangen. Er hat das Kernproblem — Föderalismus oder Zentralismus — nicht aufgegriffen, sondern sich auf den Versuch beschränkt, durch einen Personalwechsel im Vorsitz die zwangsläufig unvermeidlichen Folgeerscheinungen einer „Demokratie von unten nach oben“ in dieser Sechs-Millionen-Massenorganisation abzuwehren.“

Die Autonomie der 16 Einzelgewerkschaften, von denen die IG Metall Freitags mit ihren 1.5 Millionen Mitgliedern die stärkste darstellt, ist bestätigt worden, und es muß sich jetzt zeigen, ob der „dickköpfige“ Westfale Freitag über die gleiche Autorität wie der Vater des DGB, Hans Böcker, verfügt, um in diesem System der verschwommenen Gewaltenteilung selbständig über die Mittel und Methoden entscheiden zu können, mit denen die in Berlin gefaßten Beschlüsse verwirklicht werden sollen.

Christian Fette, der erste Nachbesserungsverwalter von Hans Böcker, hat sich in diesem Gestrüpp des gewerkschaftlichen Föderalismus verfangen. Die Mehrheit der für „radikale“ Kampfmethoden zur Durchsetzung gewerkschaftlicher Forderungen eingestellten Gewerkschaftler hat es ihm verübelt, wie in den Diskussionen deutlich zum Ausdruck kam, daß er ohne Befragen der unteren Instanzen verschiedene Entscheidungen traf und Stellungnahmen abgab. Dabei wurde ihm besonders die Einstellung der Kampfmaßnahmen gegen das Betriebsverfassungsgesetz vorgeworfen, die nach Ansicht vieler Gewerkschaftler das Unternehmertum in dem Eindruck bestärkte, daß die Gewerkschaften nur drohen, aber nicht zum Letzten entschlossen seien.

Freitag soll — das ist der Wille seiner 184 Wähler und der hinter ihnen stehenden Gewerkschaftler — wieder „Härte und Entschlossenheit“ in den gewerkschaftlichen Kampf bringen. An den Erfolgen oder Mißerfolgen der künftigen Gewerkschaftspolitik wird zu ermesen sein, ob er — wie sein Vorgänger Fette — das Parlament als die oberste Entscheidungsinstanz respektiert, gegen die ein Druck der Straße undemokratisch und illegal wäre.

Die Arbeitsfähigkeit Freitags wird entscheidend davon bestimmt werden, ob es ihm gelingt, die Kräfte der 134 Gegenstimmen zum Freund zu gewinnen. Fette hatte als DGB-

Geht die Kriegsgefangenen frei!

Der Klang der Glocken aller Dome und Kirchen des Bundesgebietes bildet an diesem Wochenende den Auftakt zu einer Gedenkwoche des ganzen deutschen Volkes an seine immer noch hinter sowjetischen Stacheldraht oder westalliierten Kerkermauern auf ihre Heimkehr wartenden Männer, Väter, Söhne und Brüder. Minuten der Arbeitsruhe und der Verkehrsstille werden eine machtvolle Demonstration, ein Appell an das Weltgewissen sein, sofern es ein solches überhaupt noch gibt. Jene Kräfte, die in Jalta um Millionen deutscher Soldaten wider alles Völkerrecht feilschten und rückwirkend Rechtsnormen aufstellten, um die Verklawung der biologisch gesündesten deutschen Männer nachträglich zu legalisieren — ein Vorgang, der in der internationalen Rechtsgeschichte ohne Beispiel ist — fürchten heute die Seite des Vorhangs um ihr so empfindliches Prestige, jenseits um die billige, qualifizierte Arbeitskraft.

Längst hat die Bundesregierung an die Vereinten Nationen fünfzig Bände mit den Namen von 1420 822 noch nicht heimgekehrten deutschen Kriegsgefangenen und Vermissten und Hunderttausenden von verschleppten Zivilisten eingereicht. Nach der IASS-Erklärung vom Mai 1950, daß sich nur noch 13 500 deutsche Kriegsgefangene in der Sowjetunion befinden sollten, schreiben regelmäßig noch 14 500. Vorher waren es aber 33 000, und die Bundesregierung konnte außerdem an Hand von Heimkehreraussagen den Nachweis erbringen, daß es in der Sowjetunion noch fast 100 000 deutsche Kriegsgefangene gibt. Moskau straft seine eigenen Propagandathesen durch diese Tatsache täglich. Und sie ist es nicht zuletzt, die das kommunistische Gift in Westdeutschland allein in die Köpfe einer politisch unzurechnungsfähigen verschwindenden Minderheit eindringen ließ.

Sowohl die westlichen Alliierten als auch die Sowjets haben den Kriegsgefangenen schnellste Heimkehr nach Kriegsende versprochen. Über diese Lügen ist die Zeit hinweggeschritten — vergessen ist, daß die Amerikaner trotzdem völkerrechtswidrig große „Kontingente“ an Frankreich verschacherten, vergessen auch vielleicht, daß Millionen deutscher Männer und Frauen jahrelang Frontdienst in der Sowjetunion leisten mußten unter Umständen, die dem „Paradies der Werktätigen“ nicht gerade zum Ruhm gereicht. Unvergessen aber bleibt die Million, die in sowjetischen Lagern gestorben ist, un- vergessen die Hunderttausend Überlebenden, deren Freilassung durch die Sowjets nur ein Akt politischer Klugheit sein würde.

Und das ist das Traurige: Die Sowjetunion, die angeblich einst das Menschenrecht erkämpfte, tritt es mit Füßen. Der Westen, der die Humanität so gern zur Maxime seines Wollens erhebt, möchte aus menschlichen Gründen seine 600 Häftlinge vielleicht vernachlässigen, glaubt aber, daß es seinem „Ansehen“ in der Welt schaden könne und sieht offensichtlich nicht, daß das Gegenteil der Fall wäre und eine konstruktive Mitarbeit Deutschlands an den augenblicklich zur Lösung dringenden Fragen ohne die Lösung dieser Frage nicht zu erreichen ist.

Vorsitzender, obwohl er von Hans Böcker zum Nachfolger vorgeschlagen worden war, von Anfang an die starke IG Metall gegen sich. Freitag sieht sich zunächst der Opposition der zahlreichen kleineren Industriegewerkschaften gegenüber, die ihre Stimmen Fette gegeben haben. H. Z.

Deutsche Partei kritisiert Regierung

Nationalsozialisten sollen sich zurückhalten

Goslar (UP). Der Bundesparteitag der Deutschen Partei übte in seinen Ausschüssen Kritik an Maßnahmen der Bundesregierung, in der die DP selbst vertreten ist, und stellte eine Reihe von Forderungen auf, die nach dem Willen der Partei in nächster Zeit verwirklicht werden sollen. Der Vertriebenenausschuß der Deutschen Partei lehnte das Lastenausgleichsgesetz als unbefriedigend ab und setzte sich für eine enge Zusammenarbeit der DP mit den Verbänden und Landmannschaften der Vertriebenen ein.

Bundesminister Seeböhm, der die Marktwirtschaft als Mittel zur Leistungssteigerung befürwortete, forderte, daß vor allem die mittelständische Wirtschaft als eine der tragenden Säulen im Staat durch ein Sofortprogramm gefördert wird. Weiter verlangte Seeböhm den großen Befähigungsschweis für das Handwerk und die Bildung selbständiger Abteilungen für Handel und Handwerk im Bundeswirtschaftsministerium. Eine Erhöhung der Posttarife wurde scharf abgelehnt, und das Verbot des Werk- und Behördenhandels sowie der Abbau der Regiebetriebe verlangt. Der sozialpolitische Ausschuß sprach sich für die Schaffung persönlicher Wohnungseigentums aus.

Der DP-Vorsitzende, Bundesminister Hellwege, erklärte vor Pressevertretern, die Deutsche Partei sei bereit, mit ehemaligen Nationalsozialisten zusammenzuarbeiten, wenn deren „Weste sauber geblieben“ sei und sie sich nicht kriminell strafbar gemacht hätten. Hellwege empfahl den früheren Nationalsozialisten jedoch, aus Gründen des Taktik Zurückhaltung zu üben und erst zu beweisen, daß sie sich zu den Grundlagen der Demokratie bekennen.

Einigung und moralische Aufrüstung

Köln (UP). Rund 300 Betriebsratsmitglieder führender westdeutscher Werke haben einen Aufruf „zum gemeinschaftlichen Handeln und zur Wahrung des sozialen Friedens“ an die Öffentlichkeit gerichtet. „In einer Zeit — so heißt es in dem Aufruf — „die von uns Stärke und Klarheit verlangt, sind wir gespalten und schwach. Kostspielige Kraft und Zeit, die wir für den Aufbau und die Sicherung unserer Demokratie dringend brauchen, gehen in fruchtlosen Auseinandersetzungen und inneren Konflikten verloren. Es wird Zeit, daß wir nicht nur über Einheit reden, sondern daß wir hier im Westen die Kraft zu einem neuen Leben und zur Einigkeit in uns tragen. Wir sind davon überzeugt, daß durch die moralische Aufrüstung unseres Volkes diese Einigkeit geschaffen werden kann.“ U. a. unterzeichneten Betriebsratsmitglieder der BASF Ludwigshafen, Daimler-Benz und Bosch Stuttgart. Die Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände erklärte zu dem Aufruf, dieser habe starken Widerhall gefunden.

Sozialisten-Kongreß in Mailand

Morgan Phillips gedachte Schumachers
Mailand (UP). Der zweite Kongreß der Sozialistischen Internationale wurde in der Mailänder Scala vor 300 Delegierten aus Europa, Asien und Afrika und in Anwesenheit zahlreicher Gäste eröffnet. Der italienische Sozialistenführer, Giuseppe Saragat, der zum Präsidenten des Kongresses gewählt wurde, leitete den Kongreß mit einer scharfen Absege an das Franco-Regime ein. Die spanische Regierung erklärte er, nähre den „traurigen und anachronistischen Rest der von der Geschichte verurteilten Methoden des Nationalsozialismus und Faschismus“. Die Sozialisten der Welt würden ihre Opposition gegen das Franco-Regime niemals aufgeben, selbst nicht aus opportunistischen Erwägungen heraus. Neben vielen Exilpolitikern aus den osteuropäischen Staaten sind in Mailand der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Erich Ollenhauer; der Führer der britischen Opposition, Clement Attlee; der österreichische Vizekanzler Adolf Schärf; der schwedische Ministerpräsident Tage Erlander; der französische Sozialistenführer Guy Mollet und der Führer der japanischen Sozialisten, Eki Sone, anwesend.

Der Vorsitzende der Sozialistischen Internationale und Generalsekretär der britischen Labour Party, Morgan Phillips, sagte, der Tod des ersten Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Dr. Kurt Schumacher, habe in der Bewegung tiefe Trauer ausgelöst.

Das neue „Gehirn“ des Kommunismus

Präsident und Sekretariat der KPDSU gewählt — Schwerpunkt in der Innenpolitik?
Moskau (UP). Das neue Zentralkomitee der Kommunistischen Partei der Sowjetunion wählte ein Präsidium und ein Sekretariat, in denen alle maßgebenden Politiker der Sowjetunion vertreten sind. Das Präsidium umfasst 15, das Sekretariat 10 Mitglieder. Sieben Mitglieder sind in beiden Gremien der Kommunistischen Partei zu finden: Stalin, Malenkov, Kruschtschew, Ponomarew, Suslow, Aristow und Michailow. Das neue Präsidium soll in Zukunft die Aufgaben des bisherigen Politbüros und des Organisationsbüros erledigen. Weder das Sekretariat noch das Präsidium haben bisher ihre Vorsitzenden gewählt, doch ist anzunehmen, daß Stalin diese beiden Posten übernehmen wird. Bei der Aufzählung der Namen steht Stalin jeweils an der Spitze, während die übrigen in alphabetischer Reihe folgen.

Von den zwölf Mitgliedern des alten Politbüros sind zehn in das neue Präsidium einbezogen: Stalin, Kaganowitsch, Molotow, Worschilow, Mikojan, Kruschtschew, Malenkov, Berija, Bulganin und Schewernik. Zwei bisherige Mitglieder, Andrejew und Kossygin, wurden nicht „mitgenommen“. Ersterer ist in der „Versenkung verschwunden“, während letzterer als „Kandidat“ des Präsidiums erscheint.

In unterrichteten diplomatischen Kreisen Londons glaubt man, daß das Schwergewicht der Kommunistischen Partei in Zukunft nicht im Präsidium, sondern im Sekretariat liegen wird. Es ist aufgefallen, daß im Sekretariat hervorragende Mitglieder des alten Politbüros und des gegenwärtigen Präsidiums nicht vertreten sind, wie zum Beispiel Molotow und Marschall Bulganin. Das wird damit erklärt, daß es sich bei ihnen um die Vertreter einer Expansion nach außen handelt, während die Hauptaufmerksamkeit Stalins zur Zeit der Innenpolitik und dem Ausbau der Industrie gilt. Das findet seine Bestätigung darin, daß der Leiter des Parteiapparates, Malenkov, und ein Sachverständiger für die Schwerindustrie (Pegow), in das Parteisekretariat berufen wurden.

Scharfer amerikanischer Protest

Moskau (UP). Die USA haben bei der Regierung der Sowjetunion gegen den Abschluß einer amerikanischen Superfestung über dem Japanischen Meer protestiert. Der Protest ist in einer scharf formulierten Note enthalten, die US-Geschäftsträger O'Shaughnessy dem amtierenden sowjetischen Außenminister Puschkin überreicht hat. In der Note wird die sowjetische Darstellung zurückgewiesen, wonach die Maschine die Insel Yuri überfliegen und zuerst das Feuer auf zwei sowjetische Jagdflugzeuge eröffnet habe. Es wird außerdem um Information über den Verbleib überlebender Besatzungsmitglieder ersucht.

UN erörtern Malans Rassenpolitik

New York (UP). Die UN-Generalversammlung hat nach langer und heftiger Debatte mit 46 gegen sechs Stimmen bei acht Enthaltungen beschlossen, einen Antrag der 13 arabischen und asiatischen UN-Mitgliedstaaten auf die Tagesordnung zu setzen, worin die Rassentrennungspolitik der Südafrikanischen Union als eine Verletzung des Friedens hingestellt wird. Der südafrikanische Delegierte Jooste hatte gegen diesen Antrag scharfsten Protest eingelegt, weil diese Frage nicht in den Zuständigkeitsbereich der Vereinten Nationen falle.

Ein Fortschritt in der Saarfrage

Adenauers Schreiben in Paris überreicht — Eine versöhnliche Geste?

Paris (UP). Ein Vertreter des Chefs der deutschen diplomatischen Mission in Paris übergab dem französischen Außenminister ein Schreiben von Bundeskanzler Dr. Adenauer, in dem, wie verlautet, „offenbare Mißverständnisse“ über die letzten Saarverträge des Bundeskanzlers an Außenminister Schuman beseitigt werden sollen.

Nach Ansicht Pariser Kreise stellen die neuen Vorschläge, die im einzelnen noch nicht bekannt sind, gegenüber dem letzten Schreiben Dr. Adenauers einen „bedeutenden Fortschritt“ dar. Dr. Adenauer habe sich offenbar um eine versöhnliche Geste bemüht. Von deutscher Seite in Paris wird betont, daß dem Schreiben keine zu starke Bedeutung beigemessen werden dürfe, da die wichtigsten Probleme, wie die französisch-saarländische Wirtschaftsunion, mündlichen Verhandlungen vorbehalten seien.

Wie verlautet, hat Bundeskanzler Adenauer in dem Schreiben vorgeschlagen, die Europäisierung der Saar der allgemeinen Entwicklung der europäischen Einigung anzugleichen. Eine endgültige Lösung der Saarfrage könne völkerrechtlich erst in einem Friedensvertrag mit Deutschland erfolgen. Zu der Kritik der französischen Regierung, Deutschland wolle das Provisorium an der Saar zu lange ausdehnen, heißt es, Deutschland wolle nicht an der ursprünglich gewählten Zeit von fünf Jahren bis zu einer endgültigen Saarlösung festhalten. Man glaube lediglich, der Zusammenschluß Europas werde bis dahin soweit fortgeschritten sein, daß sich mit dem Begriff „Europäisierung“ klarere Vorstellungen verbinden ließen. Der Bevölkerung an der Saar könne dann zugemutet werden, über die „Europäisierung“ zu entscheiden.

In Paris glaubt man nicht, daß Bundeskanzler Adenauer nach Paris kommen wird, um seinen neuesten Vorschlägen Nachdruck zu verleihen. Jedoch hält man es für möglich, daß Staatssekretär Hallstein eventuell in

der kommenden Woche zur Wiederaufnahme der Saarverhandlungen nach Paris reisen wird, falls der Brief des Bundeskanzlers am Quai d'Orsay günstig aufgenommen werde.

Während der französische Sozialist Paul Ramadier erklärte, es bestehe durchaus Aussicht auf Einigung der beiden Nationen über die „Europäisierung“ des Saargebietes, empfahl ein gaullistischer Abgeordneter der französischen Regierung, sich klar auszudrücken und ihre Politik so abzustimmen, daß man ersehen könne, daß Frankreich aus der Vergangenheit und der Hitlerperiode gelernt habe.

Ein Sprecher einer Abordnung des Verbandes der Bergarbeiter der Saar erklärte in Düsseldorf, er spreche für die rund 10.000 Mitglieder der Gewerkschaft, wenn er die Rückkehr der Saar nach Deutschland fordere. Die Saarbergleute wünschten trotzdem eine wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Frankreich, aber nur auf der Grundlage der Gegenseitigkeit und Gleichberechtigung.

Saardebatte vorverlegt

Die für kommende Woche geplante neue Saardebatte des Bundestages ist auf Grund eines Übereinkommens der Fraktionen von Donnerstag auf Mittwoch vorverlegt worden. Der Debatte, in der voraussichtlich auch der Bundeskanzler sprechen wird, liegen eine große Anfrage und ein Antrag der SPD zugrunde. Der SPD-Antrag bezweckt eine Beauftragung der Bundesregierung, die Beschwerte in Straßburg „zur Verhandlung zu bringen“. Am gleichen Sitzungstage wird der Bundestag auch den Bericht des Ausschusses 47 entgegennehmen, der sich mit der Untersuchung von Mißständen im Auswärtigen Amt befaßt hatte. Am Donnerstag soll die große Anfrage der SPD wegen der BfV-Partisanen behandelt werden. Darin ersucht die Opposition die Bundesregierung, über eine etwaige finanzielle Hilfe dieser Organisation Auskunft zu geben.

Erfolgreiche Europa-Konferenz

SPD lehnt Gutachten und Deutschlandvertrag erneut ab

Bonn (ER). Die Vertreter der sechs im Ministerrat der europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl vertretenen Regierungen haben ihre Beratungen über einen Fragebogen für den politischen Zusammenschluß Europas erfolgreich abgeschlossen.

Einzelheiten über die gefundene Regelung wurden nicht bekanntgegeben. Wie verlautet, soll der Inhalt des Fragebogens, der unter anderem den Wahlmodus für ein europäisches Parlament festlegt, erst nach seiner Billigung durch die Regierungen veröffentlicht werden.

Die SPD lehnte in einer Stellungnahme zahlreiche Bestimmungen der deutsch-alliierten Verträge erneut als verfassungswidrig ab. Gleichzeitig teilte die SPD dem Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe erneut schriftlich mit, daß sie sich an dem Verfahren zur Erteilung eines Gutachtens über die Verfassungsmäßigkeit der Verträge für den Bundespräsidenten nur unter ausdrücklicher „Rechtsverwahrung“ beteiligen könne. In der verfassungsrechtlichen Stellungnahme wird insbesondere die sogenannte Notstandsklausel des Generalvertrags scharf kritisiert. Bundestag, Bundesrat und Bundesregierung könnten nach dem Grundgesetz weder einen Belagerungszustand noch irgendeinen Ausnahmezustand verhängen, auch keine Befehle erlassen, angemessene Schutzmaßnahmen einschließlich des Gebrauchs von Schusswaffen zu treffen. Sie könnten daher auch die Befugnisse, solche Schutzmaßnahmen zu veranlassen, nicht übertragen, bevor

eine Ergänzung des Grundgesetzes zu hierzu berechtigt habe. Auch die Bestimmungen des Vertrags über die deutsche Wiedervereinigung würden dem Grundgesetz widersprechen.

Die zweite und dritte Lesung der deutsch-alliierten Verträge im Bundestag werde frühestens in der Woche vom 9. bis 16. November, voraussichtlich aber erst in der Woche vom 24. bis 29. November erfolgen können, erklärten Bundestagsabgeordnete der Regierungsparteien in Bonn. In der Woche, die zwischen diesem Termin liegt, findet der diesjährige FDP-Parteitag in Bad Ems statt.

Der sozialdemokratische Bundestagsabgeordnete Ritzel teilte im Pressedienst seiner Partei mit, daß die SPD-Vertreter im Immunitätsausschuß des Bundestages die Immunitätsaufhebung der acht KPD-Abgeordneten nicht befürwortet hätten. Der Immunitätsausschuß hatte dem Bundestag die Aufhebung der Immunität von acht KP-Abgeordneten, darunter auch des Parteivorsitzenden Max Reimann, u. a. wegen Beleidigung von Regierungsmitgliedern und Staatsgefährdung anheimgestellt. Ritzel, der auch Vorsitzender des Immunitätsausschusses ist, vertritt die Ansicht, daß weder dem Bundestag noch dem zuständigen Ausschuß eine materielle Beweiswürdigung zustehe. Der Bundestag habe überdies in allen bisherigen Fällen, in denen Beleidigungen politischen Charakters vorliegen, die Aufhebung der Immunität verweigert. Es wäre nicht gut, wenn von diesem Prinzip abgewichen würde.

Ehlers soll zweiter Mann der CDU werden

Bundeskanzler verspricht Berlin zu helfen — Adenauer glaubt nicht an einen heißen Krieg

Berlin (UP). Der Bundesvorsitzende der CDU hat sich unter dem Vorsitz von Bundeskanzler Dr. Konrad Adenauer in Berlin darauf geeinigt, den Präsidenten des Bundestages, Dr. Hermann Ehlers, als zweiten Vorsitzenden der CDU vorzuschlagen.

Eine Sondersitzung des Bundesparteiausschusses soll am Samstag über diesen Vorschlag beschließen und dann dem Parteitag die Kandidatur von Dr. Ehlers unterbreiten. Die Nominierung des Bundestagspräsidenten erfolgte, nachdem sich der CDU-Vorstand für einen protestantischen Kandidaten eingesetzt hatte. Ehlers würde den zum deutschen Gesandten in der Schweiz ernannten Dr. Friedrich Holzappel ablösen.

Der Bundesparteitag der CDU findet in diesem Jahr in der mit den Fahnen der Bundesländer und den trauerlorgezeiten Farben der Gebiete Ost- und Mitteldeutschlands geschmückten Technischen Universität in Berlin statt.

Bundeskanzler Adenauer, der in der ehemaligen Reichshauptstadt eintraf, versicherte, die Bundesregierung werde ihre Hilfeleistungen für den Wiederaufbau der alten Reichshauptstadt fortsetzen und Berlin dabei „besondere Unterstützung“ gewähren. Der Kanzler rief den Berlinern und allen noch von der Bundesrepublik getrennten Deutschen dabei zu: „Harret aus. Wir lassen euch nicht im Stich“. In einem schriftlichen Grußwort zum Bundesparteitag der CDU 1952 in Berlin, der durch drei öffentliche Kundgebungen in Westberlin eingeleitet wurde, bekannte sich Dr. Adenauer erneut zur Wiedervereinigung Deutschlands als oberstem Ziel der Politik der Bundesregierung. Mit dem Deutschlandvertrag und den besonderen Abmachungen über Berlin habe sich die Politik der Westmächte „in einer demonstrativen Weise“ mit dem deutschen Streben nach Einheit zusammenschließen. Dr. Adenauer meinte daher, die Aussichten für eine Wiedervereinigung seien jetzt größer geworden.

In den überbauten Horsaal der Technischen Universität hinein rief der Kanzler während einer Kundgebung unter dem Beifall von 1500 Zuhörern: „Ich glaube nicht, daß es noch einmal zum heißen Krieg kommen wird. Auch den kalten Krieg wird der Westen siegreich zu Ende führen, wenn er stark genug ist.“ Er habe die feste Überzeugung, daß die Bundesregierung und die CDU mit ihrer Politik auf dem richtigen Wege seien und daß nur so die Wiedervereinigung Deutschlands in Frieden und Freiheit herbeigeführt werden könne. An die Adresse der SPD richtete Dr. Adenauer die Forderung, doch einmal jenen anderen Weg aufzuzeigen, den sie fordere und zu gehen beschließen.

Starke Polizeikräfte hatten das Gebäude der Universität und den schon Stunden vor dem Eintreffen des Kanzlers überfüllten Hörsaal hermetisch abgeschlossen, da kommunistische Stürmversuche erwartet wurden. Die Kundgebung verlief jedoch ohne jeden Zwischenfall. Dr. Adenauer begab sich nach seiner kurzen Ansprache nach Wedding, wo inzwischen aus dem Ostsektor Raketen mit Flugblättern abgeschossen wurden.

In einer zweiten CDU-Kundgebung in Neukölln sagte der Kanzler zu der Erklärung, die der SPD-Bundestagsabgeordnete Wehner auf dem SPD-Parteitag in Dortmund abgegeben hatte, wenn tatsächlich französische mit sowjetischen Beauftragten zusammengekommen wären, dann stehe dahinter nicht die französische Regierung. Derartige Gespräche könnten dann nicht als offiziell angesehen werden. Der Kanzler schloß seine zweite Berlinrede mit den Worten: „Wenn Gott uns hilft, wird die Einigung mit den Sowjets in vielleicht nicht allzu ferner Zeit möglich sein.“

In seiner dritten Berliner Rede legte der Bundeskanzler dem Moskauer Kongreß der Kommunistischen Partei der Sowjetunion als „klaren Beweis“ dafür aus, „daß die Sowjets auf die Spaltung des Westens und Verhinderung der Integration Europas setzen“.

Querschnitt der Woche

Von Gustav Koeder

Der feierliche Hammerschlag, der am Dienstag die siebente Generalversammlung der Vereinten Nationen eröffnete, vermochte in der Welt nicht die optimistischen Gefühle zu erwecken, die noch vor wenigen Jahren an die Tagungen dieses Gremiums geknüpft worden waren. Im Laufe der Jahre ist aus dem Weltparlament — nach den Statuten eine Institution, die den Weltfrieden erhalten und den wirtschaftlichen und sozialen Frieden aller Völker sichern soll — ein Forum geworden, auf dem müßige Propagandareden verbörter Ideologien und abtöne, geistvolle Fensterreden einander abwechseln. Die Menschheit setzt keine allzu großen Hoffnungen mehr auf Lake Success. „Drei bis vier Monate Sturm“ kündigte der „Manchester Guardian“ für die diesjährige Vollversammlung an, und das Pariser Blatt „Combat“ fragt, warum die Tagung nicht verschoben wurde, statt sich wie eine Gebetsmühle im Leerlauf zu drehen. „Hitler und Mussolini“, so fährt das Blatt fort, „brauchten zehn Jahre, um den Völkerbund zu vernichten. Die Vereinten Nationen werden den Leidenschaften und der Schwäche der heutigen Menschen noch kürzer standhalten.“

Die ideologische Spaltung der Welt kam bereits in der Eröffnungsrede des vorigjährigen Vorsitzenden Padilla Nervo deutlich zum Ausdruck, und mit einer Bemerkung über „verdunkelte Friedensaussichten“ übergab er den Vorsitz an den Kanadier Lester Pearson. Es scheint schon jetzt so gut wie sicher, daß die UN das brennende Problem Korea nicht zu lösen vermögen. Der amerikanische Außenminister Acheson mußte erkennen, daß viele der im allgemeinen amerikafreundlichen Nationen die starre Korea-Politik der USA nicht mehr billigen. Dem objektiven Beobachter kann es jedoch nicht entgehen, daß die Korea-Politik der Gegenseite mindestens ebenso starr ist. Kein Politiker ist davon überbracht, daß die von den Kommunisten neu erbaute Verhandlungsbaracke in Pan Mun Jon jetzt leer steht, und daß statt dessen die Geschütze und Gewehre wieder ihre um so deutlichere Sprache reden.

Die Tatsache, daß die Alliierten zuerst den sinnlos gewordenen Wortkampf in Pan Mun Jon aufgaben, ist natürlich Wasser auf Moskaus Propagandamühlen, und man muß sich nur wundern, daß der jetzt abgeschlossene 19. Kongreß der KPDSU in Moskau nicht stärker in dieses Horn geblasen hat, wie denn überhaupt bei dieser Tagung die außenpolitischen Probleme nicht so stark in Erscheinung getreten sind. Besonders auffallend zeigt sich das in der Schlußansprache Stalins, in der kein einziges Wort über weltpolitische Fragen fiel. In etwas milden Worten appellierte der Generalsekretär an die kommunistischen Parteien in den westlichen Ländern. Dabei war er sich gewiß der Tatsache bewußt, daß sein Appell bei der Bevölkerung der westlichen Länder wenig beachtet werden wird. Es ist auch im Kreml bekannt, daß die Kommunisten in den westlichen Demokratien ständig an Boden verlieren, was in die letzten Wahlen in Belgien und in Schweden deutlich genug bewiesen haben.

Aber selbst dort, wo auf die Marxische Lehre noch sehr viel gehalten wird, überhörte man geflissentlich Stalins weitkommunistische Fanfare. Die überwiegende Mehrheit der 136 Delegierten des zweiten ordentlichen Bundeskongresses des Deutschen Gewerkschaftsbundes in Berlin distanzierte sich entschieden vom Kommunismus, und selbst die Einheitstöne, die der kommunistisch gefärbte FDGB der Ostzone erklingen ließ, blieben dank der entschiedenen Haltung der Delegierten ungehört.

Dafür sind in allen anderen Fragen die Meinungen der Gewerkschaftler umso härter aufeinander geprellt. Es hat sich nur allzu deutlich gezeigt, daß sich der DGB seit dem Tode Hans Böcklers, des Vaters der Einheitsgewerkschaft, in einer Krise befindet. Christian Fette verstand es als DGB-Vorsitzender nicht so wie Böckler, die föderalistisch aufgebaute Massenorganisation zentral zu leiten. So nimmt es nicht wunder, daß es schließlich zu der großen Kraftprobe kam, in welcher der radikale und wohl auch energiereichere Walter Freitag den gemäßigten Fette besiegen konnte. Die Wichtigkeit und Tragweite dieses Führungswechsels kann gar nicht hoch genug eingeschätzt werden. Es ist nun zu erwarten, daß der DGB mit aller Macht versucht, seine beherrschende Stellung noch weiter auszubauen. Die Stärke der radikalen Kräfte im DGB wurde ja bereits offenbar, als Bundesarbeitsminister Storch, zweifellos ein verdienter Gewerkschaftler, nur mit Mühe und Not vor dem Kongreß zu Wort kommen konnte.

Die Opposition gegen Fette konzentrierte sich auf zwei Hauptpunkte: das Betriebsverfassungsgesetz und den Verteidigungsbeitrag. Zweifellos hat der DGB im Falle des Betriebsverfassungsgesetzes eine Niederlage einstecken müssen, aber man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, daß der DGB doch einiges hätte erreichen können, wäre er etwas konzipianter vorgegangen und hätte er seine Kampfmaßnahmen mit etwas mehr Geschick ausgewählt. Ganz anders ist die Lage beim Verteidigungsbeitrag, der ja schließlich keine Sache der Gewerkschaft, sondern des Parlamentes und darüberhinaus des ganzen Volkes ist, was ja auch Fette trotz seines persönlichen Bekenntnisses zum Wehrbeitrag deutlich unterstrich.

Ein deutscher Verteidigungsbeitrag ist in dieser Woche von einem Manne gefordert worden, von dem wir dies zuletzt erwartet hätten: Der französische Marschall Juin, bekanntlich kein Freund der Deutschen, sagte in Paris, daß eine Beteiligung Deutschlands an der Verteidigung des Westens unbedingt nötig sei, Juin hätte wohl seine Gründe, so entschieden für deutsche Soldaten zu plädieren. Die letzten Manöver amerikanischer und französischer Truppen im Schwarzwald haben ihm wohl deutlich gezeigt, wie sehr eine deutsche Mitwirkung von Nutzen wäre.

Im NATO-Hauptquartier in Paris konzentriert sich indessen das Hauptinteresse der Verteidigungsplaner auf einen anderen neutralistischen Punkt des Verteidigungssystems,

nämlich auf den Nahen Osten. Am kommenden Montag treffen sich die Militärachverständigen der USA, Großbritanniens, Frankreichs, Italiens, Griechenlands und der Türkei auf Malta, um in dieser schon lange genug umstrittenen Frage endlich einen Schritt vorwärts zu kommen.

Sicherlich werden die Berater dabei auch erörtern, wie man auf vernünftige Weise den Iran zu einer Mitwirkung in irgendeiner Form bewegen kann. Mossadeg öffentlich ausgesprochene, aber merkwürdigerweise noch nicht verwirklichte Drohung, die diplomatischen Beziehungen zu Großbritannien abbrechen, haben die Lage wesentlich verschärft. Mossadeg hat in diesem Falle bestimmt nicht kling gehandelt. Die Ölanlagen von Abadan liegen beach. Die Pumpen werden aber bestimmt kein Öl fördern, solange die britische diplomatische Mission in Teheran verwalzt ist.

Raketen stiegen 70 Kilometer hoch

Washington (UP). Die amerikanische Flotte hat in den Monaten August und September in der Nähe des magnetischen Nordpols Raketen mit Meßinstrumenten bis in 70 km Höhe aufsteigen lassen, um den Einfall kosmischer Strahlen zu messen. Die Raketen wurden erst von Ballons in eine gewisse Höhe getragen und dann automatisch abgeschossen. Auf diese Weise war es möglich, ziemlich kleine Raketen unter geringem Brennstoffverbrauch in eine beträchtliche Höhe zu entsenden. Die verwendeten Raketen waren etwa über drei Meter lang und hatten etwa 20 Zentimeter Durchmesser.

In Indonesien droht ein Staatsstreik

Jakarta (UP). Vor dem Palast des indonesischen Staatspräsidenten Achmad Sukarno demonstrierte eine nach Tausenden zählende Menschenmenge für die Auflösung des Parlamentes, das ein Untersuchungsverfahren gegen das Verteidigungsministerium und die indonesische Armee gefordert hatte. Präsident Sukarno versuchte, die Demonstranten zu beruhigen, die nach allgemeinen Wahlen riefen und behaupteten, das Parlament repräsentiere das Volk nicht. Er erklärte, er habe nicht die Absicht, eine Diktatur zu errichten und versprach, daß so bald wie möglich nationale Wahlen abgehalten werden. Die Demonstranten strömten in die Parkanlagen des Palastes ein und ließen sich von einem weiteren Vordringen erst abhalten. Als Tanks und leichte Panzerwagen vorfuhren.

Durch das Eingreifen der Armee hat sich schon lange währende Spannung zwischen dem Parlament und der Armee ihren Höhepunkt erreicht. Das indonesische Parlament hatte eine Untersuchung der Verhältnisse innerhalb des Verteidigungsministeriums und der Armee gefordert. Insbesondere wurde das Zögern des Verteidigungsministeriums angegriffen, die holländische Hochkommission zu Rückkehr nach Holland zu zwingen. Gegen die Anwesenheit der Vertretung Hollands, dessen Kolonie Indonesien bis zum Dezember 1949 gewesen war, hatten in den letzten Tagen verschiedene große Protestdemonstrationen in Jakarta stattgefunden. Während seiner kaum zweijährigen Unabhängigkeit hat Indonesien schon dreimal die Regierung gewechselt.

Beziehungen noch nicht abgebrochen

US-Hilfe für den Iran wird weiterlaufen. Teheran (UP). Der von Ministerpräsident Mossadeg angekündigte Abbruch der diplomatischen Beziehungen Teheran-London wird nicht erfolgen, bevor das iranische Kabinett sich über die genauen Bedingungen geeinigt hat, unter dem er erfolgen soll. Dies wurde aus Regierungskreisen in Teheran bekannt, nachdem der britische Geschäftsträger Middleton eine Unterredung mit Außenminister Fattah hatte. Die nächste Sitzung des Kabinetts ist für Samstag festgesetzt.

Die iranische Regierung hat bei der schwedischen Regierung angefragt, ob sie gewillt sei, angesichts der gespannten diplomatischen Beziehungen zwischen dem Iran und Großbritannien die iranischen Interessen in London wahrzunehmen. Die schwedische Regierung hat noch keine Entscheidung getroffen.

Berichte, wonach die amerikanische Regierung wegen des geplanten Abbruchs der diplomatischen Beziehungen zwischen dem Iran und Großbritannien eine Einstellung der finanziellen, militärischen und wirtschaftlicher Unterstützung an den Iran erwäge, wurden von maßgebenden Kreisen des amerikanischen Außenministeriums als „absolut unwahr“ abgetan. Sogenannte „Strafmaßnahmen“ gegen den Iran würden nichts Gutes bringen.

Umschau in Karlsruhe

Landwirtschaftsminister zum Butterstreik

Karlsruhe (ZSH). Landwirtschaftsminister Hermann äußerte in einer Pressebesprechung seine Meinung zum Butterstreik in Nordbaden. Die Butterpreiserhöhungen seien bedingt durch die Dürre des letzten Sommers. Der Mangel an Futtermittel hätte einen Rückgang der Buttererzeugung bewirkt. Nach der Meinung des Landwirtschaftsministers soll die Preiserhöhung einestells die Erzeugung von Butter steigern, andererseits den Verbraucher veranlassen, sparsamer mit Butter umzugehen. Nur dies bewirke allmählich den Ausgleich des Marktes durch die Anpassung von Angebot und Nachfrage. Hermann meint, daß der Butterstreik der Hausfrauen

zwecklos sei. Jede Hausfrau, so betonte er, Landwirtschaftsminister, trage selbst die Verantwortung, wie sie die Führung ihres Haushaltes gestalten will.

Aus der badischen Heimat

Vertreter Badens beim „Verein Kurpfalz“

Mannheim (law). Zu der Generalversammlung des „Vereins Kurpfalz“ am 1. November in Bad Dürkheim soll auch ein Vertreter des Landes Baden-Württemberg eingeladen werden. Es wird dabei an Wirtschaftsminister Dr. Veit oder an den SPD-Abgeordneten Alex Möller gedacht. Während seiner Generalversammlung wird der „Verein Kurpfalz“ voraussichtlich erneut eine Volksabstimmung über die staatsrechtliche Neugliederung der Pfalz verlangen. Der

„Verein Kurpfalz“ erstrebt den Zusammenschluß der rechts- und linksrheinischen Gebiete der ehemaligen Kurpfalz. Erster Vorsitzender des Vereins ist der Ludwigshafener Bürgermeister Dr. Reichert, zweiter Vorsitzender Oberbürgermeister Dr. Hermann Heimerich, Mannheim.

Fotograf als Heilpraktiker

Heidelberg (awk). Ein Fotograf aus Randsacker glaubte an seine Berufung als Heilpraktiker. Im Kreis Tauberbischofsheim besuchte er daher viele Familien, vor allem auf dem Lande. Mit einem Vergrößerungsglas sickte er den Patienten in die Augen und stellte dann Diagnosen. Meist führte er die Krankheiten auf Erdstrahlen zurück. Anschließend verkaufte er den Leuten ein „Erdstrahl-Abfanggerät“ zum Preise von 50 DM. Das Gerät befand sich offenbar nicht im Bereich „böser Strahlen“. Es verurteilte den „Doktor“ zu einer Geldstrafe von 700 DM.

Auch noch Stadtratskrise in Kehl?

Kehl (law). Im Verlaufe der kommunalen Auseinandersetzungen innerhalb der Stadt Kehl hatte die im Stadtrat mit drei Sitzen vertretene Fraktion der freien Wählergruppe mehrere Klagen beim Verwaltungsgericht anhängig gemacht, die gegen die Rechtmäßigkeit der Verfügung des Landratsamtes gerichtet waren, nach der der augenblickliche Stadtrat gewählt worden war. Während zwei Beschwerden vom Verwaltungsgericht Baden-Baden abgewiesen wurden und nun von der Berufungsinstanz in Freiburg erneut entschieden werden müssen, hat die dritte Klage, die aus formaljuristischen Gründen die Gültigkeit der Wahl ansieht, Aussicht, bereits in der ersten Instanz im Sinne der Klägerin entschieden zu werden. Das würde bedeuten, daß dann die Stadt Kehl ihren Stadtrat wiederum neu zu wählen hätte.

Beamter spielte mit städtischem Geld

Kehl (law). Bei einer überraschenden Überprüfung der Stadtkasse Kehl wurde ein Kassamanko von 10 500 DM festgestellt. Die Überprüfung war vom Landratsamt angeordnet worden, nachdem festgestellt worden war, daß ein bei der Stadtkasse beschäftigter 40 Jahre alter Stadtspektor wiederholt in der Spielbank Baden-Baden gespielt und dabei hohe Einsätze gemacht hatte. Der ungetreue Beamte, der sich seit annähernd 20 Jahren in städtischen Diensten befindet, gab zu, seit April letzten Jahres größere Beträge aus der Kasse entnommen zu haben.

Neue Wiesenbrücke mit Sprengkammern

Lörrach (law). In die neue große Wiesenbrücke, die Lörrach mit dem Vorort Turringen verbindet und bald fertiggestellt sein wird, sind Sprengkammern eingebaut worden. Über die Brücke, die mit einem Kostenaufwand von 350 000 DM gebaut wurde, rollt der stark angewachsene Verkehr aus dem Hochrheingebiet und dem Wiesental in das Rheintal.

Italienreise endete im Gefängnis

Lörrach (law). Eine große Reise auf Vaters Kosten wollte ein siebzehnjähriger Junge aus Hessen unternehmen, nachdem er 1700 DM aus der elterlichen Kasse entwendet hatte. Mit zwei gleichaltrigen Kumpanen setzte er sich in den Skandinavien-Schweiz-Express, um die Fahrt in den lockenden Süden anzutreten. Die drei jungen Abenteurer kamen aber nur bis zur Schweizer Grenze, wo sie von einer deutschen Zollstreife aufgegriffen und der Polizei übergeben wurden.

Mordversuch durch Verkehrsunfall

Waldshut, Hochrhein (law). Auf eigenartige Weise versuchte ein Kaufmann aus Waldshut, sich und seine Geliebte, mit der er Streit hatte, um ein Leben zu bringen. In voller Fahrt steuerte er einen Lastkraftwagen, in dem auch seine Freundin Platz genommen, gegen den Personenzug eines Handlungsreisenden aus Stuttgart, der auf einer Ausfallstraße in der Nähe von Waldshut aus der Gegenrichtung kam. Bei dem Zusammenprall der beiden Fahrzeuge erlitt der 52jährige Handlungsreisende Hans Lacke erhebliche Verletzungen. Er mußte unter anderem mit einem Knochenbruch in das Kreis-Krankenhaus Waldshut eingeliefert werden. Die beiden Insassen des Lastkraftwagens kamen dagegen mit geringfügigen Verletzungen davon. Beide Fahrzeuge wurden stark beschädigt. Der lebensmüde LKW-Lenker wurde von der Polizei festgenommen.

Wie die Geliebte des Verhafteten bei der Vernehmung angab, wollte ihr Freund nach einer Auseinandersetzung im fahrenden Fahrzeug den Lastwagen zunächst mit vollkommener Wucht gegen einen Baum steuern.

Die Heimat gedenkt der Gefangenen

Gedenkwoche in Baden-Württemberg

Karlsruhe (law). Während der Kriegsgefangenen-Gedenkwoche vom 20. bis 26. Oktober wird auch die Bevölkerung Baden-Württembergs durch die Teilnahme an den von Staat und Gemeinden unterstützten Treuekundgebungen des Heimkehrerverbandes ihre Verbundenheit mit den noch gefangengehaltenen ehemaligen deutschen Soldaten bezeugen. Sie wird vom Heimkehrerverband aufgefordert, durch die Einzeichnung in Treuelisten, die in Schulen und Rathäusern ausgelegt werden, die Freiheit aller deutschen Kriegsgefangenen zu verlangen. In verschiedenen Städten Baden-Württembergs werden Mahnmale errichtet. Auf den Höhen des Landes werden Mahnfeuer entzündet. Entlang der Rheingrenze brennen sie am 26. Oktober von Bodensee über Lörrach, Freiburg bis in den nördlichen Schwarzwald. In Stuttgart werden die Feuer von sechs Höhen der Stadt leuchten.

Die Verfassunggebende Versammlung in Stuttgart wird am 22. Oktober eine Gedenkaktung abhalten. Die Abgeordneten sollen vom Heimkehrerverband aufgefordert werden, sich in die Treuelisten einzutragen. Auf einer Großkundgebung des Heimkehrerverbandes am 24. Oktober in Stuttgart werden Ministerpräsident Dr. Maier, die Bundestats-

abgeordneten Rüttler und der Vorsitzende des Heimkehrerverbandes, Karl Supper, sprechen.

Auf einer Kundgebung der demokratischen Verbände und Parteien in Freiburg wird Regierungspräsident Dr. Paul Waldin das Wort ergreifen. Außerdem wird der Heimkehrerverband die Gedenkwoche mit einem Schweigemarsch einleiten. Auch in Karlsruhe finden große Kundgebungen der Stadt und des Heimkehrerverbandes statt. Überall werden die katholischen und die evangelischen Kirchen Gedenkgottesdienste abhalten. Die Gedenkwoche soll mit einem Aufruf zu einer Paketaktion für die Kriegsgefangenen abgeschlossen werden.

Auf einer Pressekonferenz des Heimkehrerverbandes in Stuttgart wurde daran erinnert, daß immer noch rund 100 000 namentlich bekannte ehemalige deutsche Soldaten in Ost und West gefangen gehalten werden, davon über 85 000 allein in der Sowjetunion. Zu ihnen kommen noch rund 750 000 verschleppte deutsche Zivilpersonen. Von den Vertretern des Heimkehrerverbandes wurde erneut darauf hingewiesen, daß der Westen nur dann von der Sowjetunion die Freigabe der zurückgehaltenen Deutschen fordern könne, wenn er die deutschen Soldaten in seinem Gewahrsam freizugeben habe.

Schließt sich die DVP zusammen?

Landesvertretertag in Stuttgart-Bad Cannstatt

Stuttgart (law). Die Demokratische Volkspartei des ehemaligen Landes Württemberg-Baden und die Landesverbände Baden und Württemberg-Hohenzollern der Freien Demokratischen Partei sollen sich am Sonntag in Stuttgart auf einem vom Direktorium der drei südwestdeutschen Landesverbände beschlossenen außerordentlichen Landesvertretertag zum einem Landesverband Baden-Württemberg der DVP/FDP zusammenschließen. Gleichzeitig sollen die Organe des neuen Landesverbandes und die Delegierten zum Bundesparteitag der FDP gewählt werden. Zu Beginn der Tagung wird Ministerpräsident Dr. Reinhold Maier über die politische Linie der Partei im Bundesland Baden-Württemberg sprechen.

Der Vorsitzende der südwestdeutschen FDP, Dr. Eduard Leuze, der seit der Bildung einer Koalition aus DVP/FDP, SPD und BHE in Baden-Württemberg in scharfer Opposition zur Politik des Ministerpräsidenten Dr. Maier steht, hatte vor einigen Wochen angekündigt, daß er und seine politischen Freunde nicht an dem Landesvertretertag teilnehmen werden.

Wie die DVP/FDP in Stuttgart bekanntgab, werden Delegierte aus allen Kreisverbänden des neuen Bundeslandes zu dem Vereinigungsparteitag erwartet. Über 250 Delegierte hätten bereits ihr Erscheinen zugesagt.

Die Satzung des neuen Landesverbandes sieht die Bildung von vier organisatorisch selbständigen Landesbezirksverbänden vor, deren Vorsitzende gleichzeitig Stellvertreter des Landesvorsitzenden sind.

Strafantrag gegen einen Geistlichen

Wegen Beleidigung Dr. Maiers. Stuttgart (ZSH). Die Regierung von Baden-Württemberg hat in der letzten Mini-

sterratsitzung beschlossen, gegen einen Geistlichen Strafantrag wegen Beleidigung des Ministerpräsidenten Dr. Reinhold Maier zu stellen. Wie das Staatsministerium mitteilte, war der Regierung am 23. September bekanntgeworden, daß dieser Geistliche am 1. Juni während des Pfingstgottesdienstes in der Kirche von Stöcklingen im Kreise Stockach die Regierung heftig angegriffen und unter anderem gesagt hatte: „Da sitzt in Stuttgart dieser Dr. Reinhold Maier, dieser Bandit.“ In der gleichen Predigt hatte der Geistliche den verstorbenen SPD-Vorsitzenden Dr. Kurt Schumacher als „Lamp“ bezeichnet. Genaue Nachprüfungen bestätigten die Richtigkeit der dem Staatsministerium zugegangenen Mitteilung über diesen Vorfall. Das Staatsministerium weist in diesem Zusammenhang darauf hin, daß sich die Mitteilungen über Fälle von verhetzenden politischen Auslassungen bei Predigten häufen.

Innenminister reist nach England

Besuch einer Unterhaus-Sitzung vorgesehen

Stuttgart (law). Auf Einladung des britischen Auswärtigen Amtes unternehmen in den nächsten Wochen mehrere Innenminister des Bundesgebietes eine vierzehntägige Studienreise durch englische Städte. An der Studienreise, die vom 22. Oktober bis zum 5. November dieses Jahres dauert, nimmt auch der Innenminister von Baden-Württemberg, Fritz Ulrich, teil. Die Minister werden in London mit Beamten verschiedener Ministerien konferieren, Scotland Yard besuchen und einer Sitzung des Unterhauses beiwohnen. In Cardiff werden sie mit dem dortigen Oberbürgermeister und mit dem Referenten für Gesundheits- und Wohnungswesen Besprechungen führen. Außerdem ist eine Besichtigung von Industrie-Arbeiterwohnungen in Südwest-England vorgesehen.



In neuer Mischung und neuem Format. Neu ist auch das äußere Gewand, in dem sich Ihnen die Texas nunmehr präsentiert. Ihre in den Farben Weiß, Rot und Gold strahlende neue Packung ist Symbol für eine Zigarette von ungewöhnlich brillantem, lebhaftem Charakter, duftiger Milde und ausgesprochener Eigenart.

Lochbäume umstanden einst die Gemarkung der Gemeinden

Grenzsteine mit Geheimzeichen — Der altgeheilte Markthesitz der Siedlungen

Das Land, in dem unsere Städte und Dörfer eingebettet sind und dessen sich die Siedlungen als ein seit Jahrhunderten überkommenes Eigentum rühmen, ist der Bann oder die Gemarkung. Alle daran beteiligten Menschen haben diesen, ihnen allein gebührenden und der Gemeinschaft dienenden Bezirk in treue Hut genommen, wenn auch vielfach der einzelne daraus keinen besonderen Nutzen hat. Den Dorf- oder Stadtbann als Gemeindegrenz zu hüten und zu bewahren, ist allen eine von den Vorfahren übernommene heilige Verpflichtung. Seit der ältesten Zeit stehen die Grenzen unverrückbar fest, und so soll auch das Gemeinschaftsgut aller Bürger ungeschmälert an die Nachkommen weitergegeben werden.

Dorf und Stadt weiten sich also zum Bann, zur Gemarkung, und wer in diesem ungrenzten Raum zu leben versteht, kann zu Erkenntnissen gelangen, die er auf andere Weise nicht gewinnen kann. Sie sind zumeist geschichtlicher, wirtschaftskundlicher oder soziologischer Art. Reicht, um ein Beispiel zu nennen, die Gemarkung eines Dorfes recht nahe an ein anderes Dorf heran, so darf daraus geschlossen werden, daß jenes Dorf älter als dieses ist. Die Größe einer Gemarkung war auch nicht ohne Einfluß auf die Entwicklung einer Siedlung, und allgemeine geographische Grundansichten, die wir in der Regel bei der Betrachtung von großen Bäumen gewinnen, drängen sich auch beim Studium der heimlichen Gemarkung auf. So beginnt der rechte Weg zur Erkenntnisgewinnung im heimlichen Lebenskreis und nicht etwa in der Fremde. Alle Wege in die Fremde beginnen in der Heimat und alle Wege der Fremde führen wieder in die Heimat zurück.

Die Gemarkung als Besitz einer Gemeinschaft war aber nicht von allem Anfang an da. Als die Menschen noch als Jäger oder Hirten, von den Umständen getrieben, unsterblich umherzogen, war das Land, das ihnen Nahrung bot, nicht ihr Eigen. Sie begehrten es nur so lange, als es ihnen diente, um es dann willig anderen zu überlassen. Erst als die Menschen sesshaft wurden, als sie Häuser bauten und den Acker bestellten, nahmen sie sich so viel Land, als ihnen beliebte oder ihnen von den Nachbarn übrig gelassen war. Jetzt erst war es notwendig, den so entstandenen Besitz abzurunden. Zwei Partner hatten stillschweigend eine rechtliche Vereinbarung getroffen, die besagte: Wahrung der Grenze bedeutet friedliches Nebeneinander, Grenzverletzung hat Widerspruch, Zank und Streit zur Folge. In unserer Heimat fällt die Entstehung der Dorfbanne mit der Gründung der Siedlungen zusammen. Diese erfolgte in der Hauptsache in der Zeit zwischen den Jahren 800 und 1000 n. Chr.

Bei der Festlegung der Grenzen hielt man sich in der ältesten Zeit an örtliche Gegebenheiten, die nicht verrückt oder zerstört werden konnten. Als solche boten sich an: Berg- rücken, Bäche, Täler, Quellen, Baine, Hecken, Felsen usw. Man kann diese nach natürlichen Objekten ausgerichtete alte Grenzsetzung beim Umgehen der einen oder anderen Gemarkung heute noch nachprüfen. In Wäldern ließ sich die Grenze an besonders stillen Blüten festlegen, indem man Zeichen darin eintrieb. Solche Grenzblumen nannte man Lochbäume. Wo in der freien Landschaft solche Merkmale nicht vorhanden waren, schlug man Pfähle in den Boden oder errichtete man Stein- oder Erdhaufen.

Als Lochbäume wählte man mit Vorliebe Buchen und Eichen, weil sie in der Regel ein hohes Alter erreichten und oft eigenwillige und auffallende Formen entwickelten. Solche Lochbäume sind als Bann- oder Ziehlilien noch hier und da vorhanden. Sie sind nicht

ben und wurde beim Jahrgeding öffentlich bekanntgegeben. Darüber hinaus wurden in regelmäßig stattfindenden Umgängen die Grenzen unter Teilnahme der Jugend oder der ganzen Bevölkerung abgeschritten und eingepflegt. In manchen Orten war das eine durch Musik und bewaffnet mitmarschierende Bürger unterstrichene feierliche Angelegenheit. Daraus ist zu entnehmen, daß die Wahrung und Kenntnis der Gemarkungsgrenzen einen festen Bestandteil im bäuerlichen Leben bildeten.

Das Land, in dem unsere Städte und Dörfer eingebettet sind und dessen sich die Siedlungen als ein seit Jahrhunderten überkommenes Eigentum rühmen, ist der Bann oder die Gemarkung. Alle daran beteiligten Menschen haben diesen, ihnen allein gebührenden und der Gemeinschaft dienenden Bezirk in treue Hut genommen, wenn auch vielfach der einzelne daraus keinen besonderen Nutzen hat. Den Dorf- oder Stadtbann als Gemeindegrenz zu hüten und zu bewahren, ist allen eine von den Vorfahren übernommene heilige Verpflichtung. Seit der ältesten Zeit stehen die Grenzen unverrückbar fest, und so soll auch das Gemeinschaftsgut aller Bürger ungeschmälert an die Nachkommen weitergegeben werden.

Das Land, in dem unsere Städte und Dörfer eingebettet sind und dessen sich die Siedlungen als ein seit Jahrhunderten überkommenes Eigentum rühmen, ist der Bann oder die Gemarkung. Alle daran beteiligten Menschen haben diesen, ihnen allein gebührenden und der Gemeinschaft dienenden Bezirk in treue Hut genommen, wenn auch vielfach der einzelne daraus keinen besonderen Nutzen hat. Den Dorf- oder Stadtbann als Gemeindegrenz zu hüten und zu bewahren, ist allen eine von den Vorfahren übernommene heilige Verpflichtung. Seit der ältesten Zeit stehen die Grenzen unverrückbar fest, und so soll auch das Gemeinschaftsgut aller Bürger ungeschmälert an die Nachkommen weitergegeben werden.

Das Land, in dem unsere Städte und Dörfer eingebettet sind und dessen sich die Siedlungen als ein seit Jahrhunderten überkommenes Eigentum rühmen, ist der Bann oder die Gemarkung. Alle daran beteiligten Menschen haben diesen, ihnen allein gebührenden und der Gemeinschaft dienenden Bezirk in treue Hut genommen, wenn auch vielfach der einzelne daraus keinen besonderen Nutzen hat. Den Dorf- oder Stadtbann als Gemeindegrenz zu hüten und zu bewahren, ist allen eine von den Vorfahren übernommene heilige Verpflichtung. Seit der ältesten Zeit stehen die Grenzen unverrückbar fest, und so soll auch das Gemeinschaftsgut aller Bürger ungeschmälert an die Nachkommen weitergegeben werden.



Der Kampfruf des Kämpfers der Wälder ist verklungen. Mit stolz erhobenen Kopf blickt der siegreiche Platzhirsch dem von seinem mächtigen Geschlecht zurückgelassenen Rivale nach, der vor dem stärksten Kämpfer im Revier die Flucht ergreifen mußte.

Das Land, in dem unsere Städte und Dörfer eingebettet sind und dessen sich die Siedlungen als ein seit Jahrhunderten überkommenes Eigentum rühmen, ist der Bann oder die Gemarkung. Alle daran beteiligten Menschen haben diesen, ihnen allein gebührenden und der Gemeinschaft dienenden Bezirk in treue Hut genommen, wenn auch vielfach der einzelne daraus keinen besonderen Nutzen hat. Den Dorf- oder Stadtbann als Gemeindegrenz zu hüten und zu bewahren, ist allen eine von den Vorfahren übernommene heilige Verpflichtung. Seit der ältesten Zeit stehen die Grenzen unverrückbar fest, und so soll auch das Gemeinschaftsgut aller Bürger ungeschmälert an die Nachkommen weitergegeben werden.

Das Land, in dem unsere Städte und Dörfer eingebettet sind und dessen sich die Siedlungen als ein seit Jahrhunderten überkommenes Eigentum rühmen, ist der Bann oder die Gemarkung. Alle daran beteiligten Menschen haben diesen, ihnen allein gebührenden und der Gemeinschaft dienenden Bezirk in treue Hut genommen, wenn auch vielfach der einzelne daraus keinen besonderen Nutzen hat. Den Dorf- oder Stadtbann als Gemeindegrenz zu hüten und zu bewahren, ist allen eine von den Vorfahren übernommene heilige Verpflichtung. Seit der ältesten Zeit stehen die Grenzen unverrückbar fest, und so soll auch das Gemeinschaftsgut aller Bürger ungeschmälert an die Nachkommen weitergegeben werden.

Deutschlands berühmtestes Internat

Eine griechische Prinzessin in Salem — Der Herzog von Edinburgh ging hier zur Schule

Unweit des Bodensees liegt im idyllischen Salmertal das alte Kloster und Zähringerschloß Salem. Es beherbergt in einem Seitengebäude der prachtvollen Abtei Deutschlands berühmtestes Internat, die Schule „Schloß Salem“, die ihre Gründung dem Prinzen Max von Baden verdankt, der bekanntlich der letzte Kanzler des deutschen Kaiserreichs war.

Als Prinz Max für seinen Sohn, den Markgrafen Berthold, einen geeigneten Erzieher suchte, fiel seine Wahl auf den Pädagogen Kurt Hahn, der als Schüler des hannoverschen Professors Hermann Nohl eine gänzlich eigenwillige Erziehungsmethode entwickelte. Neben dem Grundsatz, daß nur in einem gesunden Körper ein gesunder Geist wohnt, setzte sich Hahn für eine Gemeinschaftserziehung mit gleichaltrigen Schülern aller Stände ein. Eine Tradition des alten deutschen Kaiserhauses, wonach jeder Prinz ein Handwerk erlernen mußte (Kaiser Wilhelm I. war Schuhmacher, der letzte Kronprinz Hufschmied), wurde in Salem übernommen. Hier gehört die Unterweisung eines jeden Schülers in einem Handwerk mit zum Lehrplan.

Der Ruf dieser eigenartigen Schule, in der sich die Schüler außerhalb des Unterrichts völlig selbst regieren, drang weit über Deutschlands Grenzen hinaus. Schon in früher Jugend also lernten die Schüler Salems prak-

Das Land, in dem unsere Städte und Dörfer eingebettet sind und dessen sich die Siedlungen als ein seit Jahrhunderten überkommenes Eigentum rühmen, ist der Bann oder die Gemarkung. Alle daran beteiligten Menschen haben diesen, ihnen allein gebührenden und der Gemeinschaft dienenden Bezirk in treue Hut genommen, wenn auch vielfach der einzelne daraus keinen besonderen Nutzen hat. Den Dorf- oder Stadtbann als Gemeindegrenz zu hüten und zu bewahren, ist allen eine von den Vorfahren übernommene heilige Verpflichtung. Seit der ältesten Zeit stehen die Grenzen unverrückbar fest, und so soll auch das Gemeinschaftsgut aller Bürger ungeschmälert an die Nachkommen weitergegeben werden.

Deutschlands berühmtestes Internat

Eine griechische Prinzessin in Salem — Der Herzog von Edinburgh ging hier zur Schule

Unweit des Bodensees liegt im idyllischen Salmertal das alte Kloster und Zähringerschloß Salem. Es beherbergt in einem Seitengebäude der prachtvollen Abtei Deutschlands berühmtestes Internat, die Schule „Schloß Salem“, die ihre Gründung dem Prinzen Max von Baden verdankt, der bekanntlich der letzte Kanzler des deutschen Kaiserreichs war.

Als Prinz Max für seinen Sohn, den Markgrafen Berthold, einen geeigneten Erzieher suchte, fiel seine Wahl auf den Pädagogen Kurt Hahn, der als Schüler des hannoverschen Professors Hermann Nohl eine gänzlich eigenwillige Erziehungsmethode entwickelte. Neben dem Grundsatz, daß nur in einem gesunden Körper ein gesunder Geist wohnt, setzte sich Hahn für eine Gemeinschaftserziehung mit gleichaltrigen Schülern aller Stände ein. Eine Tradition des alten deutschen Kaiserhauses, wonach jeder Prinz ein Handwerk erlernen mußte (Kaiser Wilhelm I. war Schuhmacher, der letzte Kronprinz Hufschmied), wurde in Salem übernommen. Hier gehört die Unterweisung eines jeden Schülers in einem Handwerk mit zum Lehrplan.

Der Ruf dieser eigenartigen Schule, in der sich die Schüler außerhalb des Unterrichts völlig selbst regieren, drang weit über Deutschlands Grenzen hinaus. Schon in früher Jugend also lernten die Schüler Salems prak-

Das Land, in dem unsere Städte und Dörfer eingebettet sind und dessen sich die Siedlungen als ein seit Jahrhunderten überkommenes Eigentum rühmen, ist der Bann oder die Gemarkung. Alle daran beteiligten Menschen haben diesen, ihnen allein gebührenden und der Gemeinschaft dienenden Bezirk in treue Hut genommen, wenn auch vielfach der einzelne daraus keinen besonderen Nutzen hat. Den Dorf- oder Stadtbann als Gemeindegrenz zu hüten und zu bewahren, ist allen eine von den Vorfahren übernommene heilige Verpflichtung. Seit der ältesten Zeit stehen die Grenzen unverrückbar fest, und so soll auch das Gemeinschaftsgut aller Bürger ungeschmälert an die Nachkommen weitergegeben werden.

Das Land, in dem unsere Städte und Dörfer eingebettet sind und dessen sich die Siedlungen als ein seit Jahrhunderten überkommenes Eigentum rühmen, ist der Bann oder die Gemarkung. Alle daran beteiligten Menschen haben diesen, ihnen allein gebührenden und der Gemeinschaft dienenden Bezirk in treue Hut genommen, wenn auch vielfach der einzelne daraus keinen besonderen Nutzen hat. Den Dorf- oder Stadtbann als Gemeindegrenz zu hüten und zu bewahren, ist allen eine von den Vorfahren übernommene heilige Verpflichtung. Seit der ältesten Zeit stehen die Grenzen unverrückbar fest, und so soll auch das Gemeinschaftsgut aller Bürger ungeschmälert an die Nachkommen weitergegeben werden.

Das Land, in dem unsere Städte und Dörfer eingebettet sind und dessen sich die Siedlungen als ein seit Jahrhunderten überkommenes Eigentum rühmen, ist der Bann oder die Gemarkung. Alle daran beteiligten Menschen haben diesen, ihnen allein gebührenden und der Gemeinschaft dienenden Bezirk in treue Hut genommen, wenn auch vielfach der einzelne daraus keinen besonderen Nutzen hat. Den Dorf- oder Stadtbann als Gemeindegrenz zu hüten und zu bewahren, ist allen eine von den Vorfahren übernommene heilige Verpflichtung. Seit der ältesten Zeit stehen die Grenzen unverrückbar fest, und so soll auch das Gemeinschaftsgut aller Bürger ungeschmälert an die Nachkommen weitergegeben werden.

Das Land, in dem unsere Städte und Dörfer eingebettet sind und dessen sich die Siedlungen als ein seit Jahrhunderten überkommenes Eigentum rühmen, ist der Bann oder die Gemarkung. Alle daran beteiligten Menschen haben diesen, ihnen allein gebührenden und der Gemeinschaft dienenden Bezirk in treue Hut genommen, wenn auch vielfach der einzelne daraus keinen besonderen Nutzen hat. Den Dorf- oder Stadtbann als Gemeindegrenz zu hüten und zu bewahren, ist allen eine von den Vorfahren übernommene heilige Verpflichtung. Seit der ältesten Zeit stehen die Grenzen unverrückbar fest, und so soll auch das Gemeinschaftsgut aller Bürger ungeschmälert an die Nachkommen weitergegeben werden.

DAS LIEBESSPIEL AUF DER DÄMONENINSEL VON ANITA HUNTER

Copyright by Hermann-Meyerpress durch Verlag v. Gruberg & Glog, Wiesbaden (3. Fortsetzung)

Die Insel war bedeutend größer, als sie Salto sich vorgestellt hatte. In der Ferne sah man ein paar Häuser, eine seltsame Mischung von europäischem und Eingeborenentum, und an einem Fahnenmast wehte die amerikanische Flagge.

Leichte Schritte klangen über das Deck. Barbara Hartcliffe kam auf ihn zu. Sie war trotz der frühen Morgenstunde schon völlig fertig angekleidet.

Sie trug wieder ein schlichtes, weißes Leinenkleid, die nackten Füße steckten in roten Sandalen, sie sah jünger und frischer aus als die letzten Tage.

„Da liegt unser Paradies“, sagte sie mit ihrer dunklen, ein wenig heiseren Stimme.

„Paradies? Ist Pita-Paga wirklich ein Paradies? Vergessen Sie nicht, daß wir auf Erden leben. Miss Hartcliffe. Die Tropen sehen nur im Film paradiesisch aus. Wir, die wir sie kennen, wissen, daß unter dem blauen Himmel und den bunten Blüten oft Schmutz, Elend und Krankheit lauern. Paradies? Es lachte kurz auf. „Man muß sich die Romantik abgewöhnen!“

„Nein“, sagte Barbara Hartcliffe heftig. „Nein, sonst kann man nicht leben! Und hier lebt man intensiver, leidenschaftlicher, als irgendwo anders auf der Welt!“

Er sah sie aufmerksam an. Wieder entdeckte er für einen Moment das unruhige, fast fiebernde Flackern in den Augen dieser Frau.

„Sie hätten in London bleiben sollen“, sagte er. „Ich spreche als Arzt.“

„Mir fehlt nichts“, antwortete sie beinahe böse. „Nichts! In London könnte ich es kaum

aushalten vor Sehnsucht nach Pita-Paga! Wer einmal hier war, dem geht die Insel ins Blut! Auch Sie werden dies merken, Doktor Salto!“

„Danke für dieses Kompliment, Miss Barbara!“ Lautlos war Fürst Drijona zu ihnen getreten, wie unabsichtlich streifte er Barbara Hartcliffes Hand, wie eine Liebkosung, aber auch wie ein Besitzergreifen. Sie blickte zu ihm auf, eine Flamme entzündete sich in ihren Augen — und erlosch, da der Fürst sich kühl abwandte und zu Stefan Salto sagte:

„Dort drüben liegt mein Reich! Ich biete Ihnen ein herzliches Willkommen! Wir warten nur auf den Lotsen der uns durch die Brandung bringen kann. Pita-Paga ist gut bewacht, sehen Sie dort.“

Er wies auf das smaragdgrüne Wasser. Blauschwarze Dreiecke zogen einen schlammigen Streifen.

„Haisfische?“

„Ja — Massen von Haisfischen. Sie müssen einmal mit mir kommen auf Haisfischjagd, das ist spannend und amüsant! Aber wir haben auch herrliche Badeplätze in der Lagune, da kommen diese Raubtiere nicht hin, alles ist mit Drahtnetzen abgesperrt.“

„Weht dort drüben nicht die amerikanische Flagge?“ fragte der Arzt jetzt ein wenig erstaunt.

Fürst Drijona lächelte etwas ironisch: „Haben Sie befürchtet, auf eine Insel zu kommen, wo nur „Barbaren“ wohnen? Nein, nein, wir haben eine amerikanische Missionsstation hier. Reverend McGuire gibt sich die größte Mühe, meine Untertanen zu guten Christen zu machen. Viele lassen sich auch taufen, aber ich glaube, bei den meisten handelt es sich nur um eine Formsache. Innerlich glauben sie alle noch an die alten Götter an Vakil und Kotau, an Huemoana und Hota III! Und im Geheimen feiern sie ihre Opferfeste, und der arme Pastor McGuire hat seine Qual mit ihnen! Aber er gibt nicht auf.“

„Ist er Schotte? Der Name McGuire läßt darauf schließen.“

„Er ist Amerikaner — vielleicht schottischer Abstammung, aber auf keinen Fall ein Snob. Oh, Verzeihung — ich wollte Sie nicht kränken —“

Stefan Salto lächelte: „Ich bin kein Snob — obwohl ich Engländer bin, wenn Sie das meinen, Hoheit!“

Fürst Drijona lächelte sein entzückendes Lächeln, und wieder mußte Stefan Salto denken: dieser Mann ist dämonisch schön, aber gefährlich.

Unwillkürlich sah er zu Barbara Hartcliffe hinüber, aber sie hatte den Kopf abgewandt, ihre rotgoldenen Haare flatterten in der leichten Morgenbrise, sie sah seltsam einsam aus.

Wieder strich dieser starke, süße Duft über die Jacht.

„Ein Gruß, den Pita-Paga allen Besuchern entgegenstreckt“, lächelte Fürst Drijona, „wir haben Kilometer von Blumenfeldern hier, eine Art tropische Hyazinthe. Wir gewinnen Extrakte zur Parfüm-Erzeugung daraus.“

„Diese Blumenfelder sind wirklich wie ein Märchen, ein Traum von Schönheit, ganz unvorstellbar“, sagte Barbara Hartcliffe lebhafte, „allerdings auch ein wenig gefährlich, denn gerade hier gibt es viele der kleinen, grasgrünen Giftschlangen, man kann hier nicht ohne weiteres Blumen pflücken!“

„Kein Paradies ohne Schlangen“, sagte Fürst Drijona leise. „Auf einmal beugte er sich lebhaft vor: „Da haben wir Carlita McGuire!“ Aus der schmalen Öffnung, die zur Lagune führte, schoß ein schmales, schlankes Segelboot mit einem orangefarbenen Segel. In atemberaubender Fahrt sauste das Boot durch die Wellen, direkt auf die Jacht zu. Es kam näher und näher, pfeilgeschwind. Unwillkürlich beugte sich Stefan Salto über die Reeling. Das war ja Wahnsinn, das Segelboot mußte mit der Jacht zusammenprallen bei dieser pfeilgeschwinden Fahrt.

Aber ganz dicht, nur wenige Meter von dem weißen Rumpf der Jacht, wurde das Segel heruntergerissen, so daß es schlapp herniederhing, das Boot rutschte sich auf und glitt in langsamer Fahrt an der Jacht vorbei.

Eine schmale, schlanke Gestalt in einem weißen Wollweber und kurzen Leinwandhosen saß am Steuer. Kurzgeschlittenes Haar flatterte um einen schmalen Kopf, kräftige braune Hände hielten das Steuer.

„Welch ein Wahnsinn!“ sagte Salto und atmete auf. „Ich dachte, das Boot müßte kentern! Es konnte nicht gut gehen!“

Der Fürst hob grüßend die Hand, Barbara Hartcliffe beugte sich über die Reeling: „Hallo, Carlita!“

„Hallo“, rief das junge Mädchen zurück und hob ebenfalls grüßend die Hand. Wenige Minuten später war das Boot wieder verschwunden.

„Welch ein Wahnsinn!“, sagte Stefan Salto noch einmal, „so etwas müßte verboten sein! Wenn das Boot gekentert wäre, hier hätten unter den Haisfischen!“

Fürst Drijona lachte: „Vollkommen ungefährlich! Carlita hat das Boot absolut unter Kontrolle. Hier lernen die Leute segeln, ehe sie laufen lernen.“

Barbara Hartcliffe nickte: „Carlita ist hier aufgewachsen, sie ist die Tochter des amerikanischen Missionars, von dem wir sprachen. Für meinen Geschmack ist sie ein wenig zu sehr in Freiheit dressiert, selbst zwei Jahre amerikanisches College haben sie nicht abschleifen können. Ein Naturkind, wild wie ein Junge —“

„Aber schön“, warf Fürst Drijona ein.

Barbara Hartcliffe warf ihm einen mürrischen Blick zu und sagte abweisend: „Sie ist ja noch ein Kind. Aber jetzt will ich nach Fürst Matias sehen. Kommen Sie mit, Doktor Salto!“

„Sofort, ich will mich nur fertig anziehen!“

Barbara verschwand, Fürst Drijona wandte sich eifrig an den jungen Arzt: „Matias geht es besser, nicht wahr? Er hat die letzten beiden Tage kein Fieber gehabt! Er wird gesund werden, nicht Doktor? Er ist mein Kind — mein Sohn, ich betrachte ihn so! Doktor —“

Fürst Drijona beugte sich ganz dicht zu Salto.

(Fortsetzung folgt)